

VERSORGUNGS WIRTSCHAFT

Monatszeitschrift für Betriebswirtschaft,
Wirtschaftsrecht und Steuerrecht der Elektrizitäts-,
Gas- und Wasserwerke

1/2014



Seit 1949 aktuelle Informationen für Versorgungsunternehmen.

66. Jahrgang

INHALT

Energiecontracting mit Blockheizkraftwerken – Blick auf das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und das Energiesteuer- sowie das Stromsteuerrecht	
– von RA Golo Henseler und RAin Grit Köthe, Berlin –	5
Brennpunkt: Konzessionsabgaben	
– von Dipl.-Bw.(FH)/Dipl.-Vw./Dipl.-Hdl. Martin Kronawitter, Untergriesbach –	10

Wirtschaftsrecht

Gesetzgebung / Anweisungen / Hinweise

Zivilrecht / Zivilprozessrecht

• Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten – Änderungen im Revisionsrecht	17
---	----

Rechtsprechung

Energiewirtschaftsrecht / Anreizregulierung

• Befugnis der BNetzA, die konkrete Festlegung der Eigenkapitalzinssätze während einer laufenden Regulierungsperiode zu ändern	
– OLG Düsseldorf, Beschluss vom 29.5.2013 – VI-3 Kart 462/11 (V) –	17
• Anpassung der Erlösobergrenze – Höhe des Jahresanfangsbestands von Neuanlagen für die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung einer Investitionsmaßnahme	
– OLG Düsseldorf, Beschluss vom 11.9.2013 – VI-3 Kart 198/12 (V) –	18
• Volatile Kosten als zulässiger Kostenbestandteil der Anreizregulierung gemäß § 21a EnWG	
– OLG Düsseldorf, Beschluss vom 13.11.2013 – VI-3 Kart 19/13 (V) –	18

EEG

• Zur Bestimmung der Bemessungsleistung für erhöhten KWK-Bonus gemäß § 66 Abs. 1 Nr. 3 Satz 3 EEG 2009 bei Biomasse-Heizkraftwerk mit KWK-Anlage	
– BGH, Urteil vom 10.7.2013 – VIII ZR 301/12 –	19

Konzessionsrecht

• Kommunalrechtliche Beanstandung bei Verstoß gegen § 46 EnWG	
– OVG Lüneburg, Beschluss vom 11.9.2013 – 10 ME 88/12 –	20

Steuerrecht

Gesetzgebung / Anweisungen / Hinweise

Bilanzsteuerrecht

• Rückstellungen für Verpflichtungen, zu viel vereinnahmte Entgelte mit künftigen Einnahmen zu verrechnen (Verrechnungsverpflichtungen)	
– BMF, Schreiben vom 22.11.2013 – IV C 6 – S 2137/09/10004 :003 –	21

Rechtsprechung

Kapitalertragsteuer / Körperschaftsteuer

• Steuerliches Einlagekonto bei Regiebetrieben – Maßgeblichkeit des handelsrechtlichen Jahresergebnisses	
– BFH, Urteil vom 11.9.2013 – I R 77/11 –	
mit Anmerkung von Dipl.-Bw.(FH)/Dipl.-Vw./Dipl.-Hdl. Martin Kronawitter, Untergriesbach	21

Sozialversicherungsrecht

• Änderungen bei der Sozialversicherung ab 2014 und neue Beitragsbemessungsgrenzen	26
--	----

Arbeitsrecht

• Anforderungen an die Betriebsratsanhörung in der Wartezeit	27
• Unwirksame Stichtagsregelung bei Sonderzahlung mit Mischcharakter (»Weihnachtsgratifikation«)	27

Buchbesprechungen

28

Im Focus – mehr Praxistipps auch auf www.vw-online.eu



Im Focus – mehr auf www.vw-online.eu

Auf dieser Seite erhalten Sie Praxistipps und erste Hinweise zu Informationen, die in vielen Fällen auf unserem Online-Portal vertieft bzw. ergänzt werden. Geben Sie dort in die Suchmaske einfach die zu den einzelnen Hinweisen angegebene Dokumentennummer ein.

Wenn auch Sie interessante Neuigkeiten für unsere Leser haben, freuen wir uns auf Ihre Nachricht.

BMF: Emissionsminderungsziele der Klimaschutzvereinbarung zu 100% erfüllt

Das Bundesministerium der Finanzen hat am 25.11.2013 bekannt gemacht, dass die Bundesregierung am 20.11.2013 festgestellt hat, dass die in der Klimaschutzvereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft vom 9.11.2000 genannten Emissionsminderungsziele bis zum 31.12.2012 in Höhe von 100% erfüllt wurden. Für das Kalenderjahr 2012 kann damit die Steuerentlastung in voller Höhe des Betrages nach § 55 Abs. 2 Satz 1 u. 2 EnergieStG sowie der Erlass, die Erstattung oder die Vergütung der Steuer in voller Höhe des Betrages nach § 10 Abs. 2 Satz 1 u. 2 StromStG in der jeweils am 31.12.2012 geltenden Fassung gewährt werden. Beide Bekanntmachungen sind im Bundesgesetzblatt veröffentlicht (BGBl. 2013 I S. 4029).

Bekanntmachung nach § 55 Abs. 2 EnergieStG ==> DokNr. 14002580

Bekanntmachung nach § 10 Abs. 2 StromStG ==> DokNr. 14002581

BGH: Zur Vergabe von Stromnetzkonzessionen durch die Gemeinden

Der BGH hat am 17.12.2013 in den Verfahren KZR 65/12 (Vorinstanz: OLG Schleswig, Urt. v. 22.11.2012 – 16 U (Kart) 22/12, [VW-DokNr. 13001951](#)) und KZR 66/12 (Vorinstanz: OLG Schleswig, Urt. v. 22.11.2012 – 16 U (Kart) 21/1, [VW-DokNr. 13001950](#)) entschieden, dass Gemeinden den Konzessionär für ihr Stromnetz in einem diskriminierungsfreien und transparenten Verfahren auswählen müssen, auch im Fall der Übertragung an einen Eigenbetrieb. Gegenstand beider Verfahren war die Frage, ob ein Altkonzessionär berechtigt ist, die Herausgabe des Netzes an einen von der Gemeinde bestimmten Neukonzessionär zu verweigern. Aufgrund Ende 2008 bis Ende 2012 ausgelaufener Konzessionsverträge war die Beklagte in den Gemeinden Netzbetreiberin. Ihre Bewerbung um neue Konzessionen hatte jeweils keinen Erfolg. Im Verfahren KZR 65/12 entschied sich die Klägerin, die Stadt Heiligenhafen, den Netzbetrieb durch einen Eigenbetrieb selbst zu übernehmen. Im Verfahren KZR 66/12 haben 36 Gemeinden einen neuen Konzessionsvertrag mit der Klägerin des Verfahrens abgeschlossen, bei der es sich um eine mittelbare Tochtergesellschaft dreier anderer Gemeinden handelt. Das OLG Schleswig hatte u.a. wegen mangelnder Berücksichtigung der Ziele des § 1 EnWG bei den Konzessionsverfahren eine Herausgabepflicht nach § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG a.F. verneint. Laut Mitteilung des BGH hat der Kartellsenat die dagegen gerichteten Revisionen zurückgewiesen. Die Veröffentlichung der schriftlichen Urteilsgründe steht noch aus.

mehr ==> DokNr. 14002582

BGH: Verjährung von Mängelgewährleistungsansprüchen beim Kauf einer Photovoltaikanlage

Ansprüche des Käufers wegen Mangelhaftigkeit der Komponenten einer Photovoltaikanlage, die der Käufer auf dem bereits vorhandenen Dach einer Scheune angebracht hat, um durch Einspeisung des erzeugten Solarstroms Einnahmen zu erzielen, unterliegen der zweijährigen Verjährung. Dies hat der BGH mit Urteil vom 9.10.2013 – VIII ZR 318/12 entschieden und im vorliegenden Fall die Klageansprüche als verjährt angesehen, weil die Ansprüche nicht der längeren – fünfjährigen – Verjährung für Bauwerke unterliegen. So führt der BGH aus, dass die auf dem Dach der Scheune errichtete Photovoltaikanlage selbst kein Bauwerk ist. Bauwerk ist allein die Scheune, auf deren Dach die Anlage montiert wurde. Für die Scheune sind die Solarmodule jedoch nicht verwendet worden. Sie waren weder Gegenstand von Erneuerungs- oder Umbauarbeiten an der Scheune, noch sind sie für deren Konstruktion, Bestand, Erhaltung oder Benutzbarkeit von Bedeutung. Vielmehr dient die Anlage eigenen Zwecken; denn sie soll Strom erzeugen und dem Käufer dadurch eine zusätzliche Einnahmequelle (Einspeisevergütung) verschaffen. Um diesen Zweck zu erfüllen, hätte die Anlage auch auf jedem anderen Gebäude angebracht werden können.

mehr ==> DokNr. 14002583

BGH: Keine Schadenspauschale für Schadensabwicklung durch Netzbetreiber

Der Netzbetreiber wollte vom Bauunternehmer, welcher bei Tiefbauarbeiten sechs Stromkabel und eine Gasleitung beschädigte, neben dem unstreitigen Sachschaden eine Kostenpauschale von 25€, die ihm vom BGH (Urteil vom 8.5.2012 – VI ZR 37/11) versagt wurde. Welche Auslagen für Telefonate, Briefwechsel oder Fahrtkosten die Abwicklung von Leitungsschäden typischerweise erfordert, sei nicht offensichtlich. Die Zuerkennung von Pauschalen, wie bei Verkehrsunfallschäden, ist auf Fälle der Beschädigung von Energieversorgungsanlagen nicht übertragbar. Der BGH bestätigt die äußerst restriktive Haltung der Rechtsprechung zu Pauschalen, sei es, wie hier, bei Ansprüchen aus Delikt, sei es bei Ansprüchen aus Vertrag, wie z.B. dem Verzugschaden. Zu letzterem verbot das OLG München (Urteil vom 28.7.2011 – 29 U 634/11, [VW-DokNr. 12001736](#)) dem Energieversorger im Verbandsprozess, sich weiterhin auf die AGB-Klausel »Preise bei Zahlungsverzug (je Vorgang) Mahnkosten (umsatzsteuerfrei) 5,00 Euro« zu berufen.

mehr ==> DokNr. 13002584